Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage.

Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Grundzeile (Zim. Messe 14) oder deren Raum 120 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (Zim. Messe 14) 250 Pfg., die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 150 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 139 — **Freitag, den 17. Juni 1921.** — **75. Jahrgang.**

Die weltpolitische Bindung der oberschlesischen Frage.

Von Dr. Paul Ostwald-Berlin.

Es ist nur zu selbstverständlich und zu leicht erklärlich, daß weiteste Kreise unseres Volkes sich mit ihrem politischen Urteil immer noch nicht richtig auf die nun einmal gegebenen Tatsachen einzustellen vermögen. Der Sturz unseres Volkes von der Höhe war zu jäh, er war zu tief. Und doch, wenn wir positive Arbeit leisten und uns nichts vortäuschen oder vormachen wollen, dann gilt es, daß wir uns heute klar vor Augen stellen, wie wenig wir weltpolitisch noch etwas bedeuten, wie wir heute in der Weltpolitik nur Objekt, keinesfalls aber noch Subjekt sind.

Auch inbezug auf Oberschlesien und die Lösung der oberschlesischen Frage haben wir das zu tun. Mag es sich hier auch für uns um eine Lebensfrage handeln, mag Oberschlesien ein deutsches Land sein, mag Oberschlesiens Wirtschaft die engste Verknüpfung nur mit Deutschland aufweisen, so wird das endgültige Schicksal dieses Landes nicht nur ohne uns, sondern nicht einmal als eine ganz besonders uns angehende Angelegenheit geregelt werden. Denn allerletztens wird Oberschlesiens Schicksal durch die weltpolitische Gebundenheit unserer Gegner entschieden, und nur von diesem Standpunkt aus werden wir das richtige Urteil dafür bekommen, was es mit dem englisch-amerikanischen Zusammenstehen in der oberschlesischen Frage für uns auf sich hat. Nur so werden wir von einem wenig angebrachten Optimismus und vor einer Überschätzung der Dinge bewahrt werden.

Gewiß ist es richtig, daß Lloyd George mit unverkennbarer Deutlichkeit Frankreich gemeint hat, als er davon sprach, daß es schiene, als ob auf dem europäischen Kontinent die alten Feindschaften wieder aufleben sollten. Doch das berechtigt uns noch nicht zu irgendwelchen besonderen Hoffnungen, da der Weg zu einem vollen Bruche zwischen den Ententegenossen noch sehr weit sein wird. So wenig erwünscht es England sein kann, daß Frankreich auf dem europäischen Festland die Führerrolle an sich zu reißen versteht — England ist heute in seiner Handlungsfreiheit beschränkter als früher: es vermag seinen alten Grundsätzen, die es immer zum Gegner der führenden Festlandmacht werden ließen, nicht mit der bisher geübten Rücksichtslosigkeit zu folgen. Denn die weltpolitische Konstellation, die durch den Weltkrieg heraufgeführt worden ist, hat für England zwar den Erfolg gehabt, daß der deutsche Wettbewerber aus dem Felde geschlagen ist und am Boden liegt, aber in dem amerikanischen Vetter ist dafür ein Nebenbuhler sowohl in weltpolitischer wie weltwirtschaftlicher Hinsicht erstanden, wie ihn England bisher noch nicht zu fürchten hatte. Will England diesen Gegner in Schach halten, dann muß die Londoner Politik versuchen, ihn in politischer Hinsicht zu isolieren, er darf nicht noch Freunde und Bundesgenossen finden. Wie Japan durch seine natürliche Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf englischer Seite gehalten wird, so muß auch Frankreich seine Interessen am besten dadurch gewahrt finden, daß es auf englischer Seite bleibt. Es mag darum den englischen Stolz tief verletzen, wenn die französische Politik seit dem Ende des Weltkrieges sich in Europa so anmaßend benimmt, und es mag so manchem Engländer deshalb die Galle überlaufen, es ist doch der amerikanischen Gefahr gegenüber das kleinere Übel. Denn unverträglich für England würde es sein, wenn Frankreich in die Arme Amerikas getrieben würde und so die Vereinigten Staaten zu ihrer gewaltigen Macht noch einen Bundesgenossen erwerben könnten, der in jedem Augenblick vom europäischen Festland her auf Wunsch und Befehl der Washingtoner Regierung das englische Inselreich zu bedrohen vermöchte. Mag es daher auch im englischen Interesse sein, daß Deutschland nicht alle Luft zum Leben abgeschnitten wird, damit es ein Absatzgebiet für englische Waren bleiben kann, mag auch die französische Prestige- und Machtpolitik Englands Stolz verletzen, und mag aus diesen Gründen die englische Politik in der oberschlesischen Frage eine Stellung einnehmen wollen, die unserem Rechte günstig ist, sie wird es nicht können, wenigstens nicht in dem Maße, wie es für uns wünschenswert wäre. Denn mehr als Oberschlesien muß England das Weltreich und seine Sicherung gelten. Darum werden alle Worte eines Lloyd George und anderer englischer Staatsmänner, mit denen sie sich hinsichtlich Oberschlesiens für den deutschen Standpunkt einsetzen, Worte bleiben, zum mindesten werden sie weit hinter den Taten zurückbleiben. Da England nicht rücksichtslos gegen Frankreich vorgehen kann, wird es ihm ebenfalls gelingen, vom französischen Standpunkt etwas abzuhandeln. Dem englischen Volk und der Welt ist dann der Beweis erbracht, daß Frankreich doch in der Welt nicht tun kann, was es will; die englische Ehre und das englische Ansehen sind gerettet, nur wir werden die Kosten zu tragen haben.

Nicht viel anders steht es mit der augenblicklich eingetretenen Entspannung der Lage zwischen England und Amerika, wie sie in der Haltung der amerikanischen Regierung in der oberschlesischen Frage deutlicher zu Tage getreten ist. Die englandfreundliche Haltung Amerikas hat seine besonderen Gründe, und zwar sind diese darin zu suchen, daß wir in den Tagen der Erneuerungsfrage des englisch-japanischen Bündnisses leben. Man weiß in Washington, gegen wen sich das englisch-japanische Bündnis richtet, und so liegt Amerika sehr viel daran, gerade jetzt die Gemeinsamkeit des Angelsachsentums zu betonen. Dazu bedarf Amerika der englischen Unterstützung, wenn es an die Lösung der Japanfrage gehen will, — kurz es liegt im amerikanischen Interesse, sich England gegenwärtig aufs wärmste zu empfehlen und von seiner Seite aus alles aus dem Wege zu räumen, was nach Gegnerschaft aussieht. Aber darüber müssen wir uns klar sein, daß Oberschlesien für Amerika eine höchst gleichgültige Angelegenheit ist. Es ergab sich hier nur eine günstige Möglichkeit, England einen Dienst zu erweisen. Mit unserem Recht und unseren Interessen hat das nichts zu tun, und ein weiteres Eintreten Amerikas für eine Regelung der oberschlesischen Frage in unserem Sinne wird ganz davon abhängen, inwieweit es eine solche durch seine englandfreundliche Politik für gegeben und notwendig erachtet. Da also infolgedessen England inbezug auf Oberschlesien immer erst den ersten Schritt tun muß, ehe ihm dann Amerika folgen kann, und da England, wie oben erwähnt, nicht viel tun kann, so wird für uns noch um so weniger von Amerika zu hoffen sein.

Wir sind in der traurigen Lage, selbst zu alledem nichts tun zu können, sondern wir müssen hinnehmen, was die Feinde in ihrem Interesse aus deutschem Recht und aus deutschen Landen machen. Aber fühlen wollen wir es als Schmach und als ein nationales Unglück, um ein durch die Not geläutertes Geschlecht heranwachsen zu lassen, das dem deutschen Namen doch wieder Ehre in der Welt verschafft.

•

Berlin, 15. Juni. (Drahtb.) Der französische Botschafter und der englische Geschäftsträger haben heute abend die bereits in der Presse aus Paris angekündigten Vorstellungen beim Reichsminister des Auswärtigen gemacht. Im Laufe der Besprechungen versuchten sie die Verantwortung für die kritische Lage, die durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und dem Zwölferausschuß in Oberschlesien zeitweise geschaffen worden war, dem Selbstschutz zuzuschieben. Diesen Ausführungen trat der Reichsminister Rosen mit Nachdruck entgegen. Er teilte dem französischen Botschafter und dem englischen Geschäftsträger, die einzeln bei ihm vorsprachen, bei diesem Anlaß mit, daß eine Note an die verbündeten Regierungen abgegangen sei, in der die unerträgliche Lage in Oberschlesien geschildert ist und erneut das Verlangen an die verbündeten Regierungen gerichtet wird, Oberschlesien von Aufständischen zu säubern. Inzwischen scheint sich eine Verständigung der interalliierten Truppenführer mit General Höfer anzubahnen.

Deutschland fordert die Befreiung Oberschlesiens.

Berlin, 15. Juni. (W. T. B.) In einer heute nach Paris, London und Rom abgegebenen deutschen Note wird festgestellt, daß seit sechs Wochen Korfanty die Macht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich gerissen und in dem von seinen Banden besetzten Gebiet tatsächlich alle Befugnisse der interalliierten Kommission übernommen hat. Es werden die Leiden aufgezählt, die dieser Rechtsbruch über die oberschlesische Bevölkerung heraufbeschworen hat. Es wird hingewiesen auf die großen Verluste an Menschenleben, auf die Verschleppungen Hunderter von friedlichen Bürgern. Den Bauern und Gutsbesitzern sind Pferde und Vieh weggetrieben, Gebäude und Geräte zerstört und die Einbringung der Ernte ist in vielen Gegenden unmöglich. Ebenso traurig liegen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr steht überall still. Obwohl seit Ende Mai wiederholte Truppentransportsendungen der Entente mit reichlichem Kriegsmaterial in Oberschlesien eingetroffen sind, ist das Aufstandsgebiet mit geringen Ausnahmen nach wie vor im Besitz der Insurgenten. Immer noch ist die Grenze nach Polen offen für dauernden Zuzug an Kämpfern, darunter eine erhebliche Anzahl regulären polnischen Militärs, und die Zufuhr von Waffen und Munition aller Art. Die Note betont, daß der oberschlesische Selbstschutz trotz zahlreicher Eingriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe im Vertrauen darauf, daß die interalliierte Kommission endlich energische Maßnahmen ergreifen werde, seine Stellungen nicht weiter vorgetragen hat. Indem die deutsche Regierung gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien schärfste Verwahrung einlegt, sieht sie sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den oberschlesischen Selbstschutz auf gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, daß vielmehr alles nur dadurch erreicht werden kann, daß mit ernstem Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert wird. Geschieht das nicht, so fällt die volle Verantwortung der interalliierten Kommission und ihrem Präsidenten zur Last, der die Macht besitzt, die Befriedung des Landes in kurzer Zeit durchzuführen. Die Note betont, daß die interalliierte Kommission nach dem Friedensvertrage verpflichtet ist, mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten und daß es mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar ist, wenn die Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten einsetzt. Die Note fordert schließlich erneut mit allem Nachdruck, daß die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegende deutsche Bevölkerung Oberschlesiens endlich überall und restlos von der Insurgenten-Herrschaft befreit werde.

Verhandlungen mit General Höfer.

Oppeln, 15. Juni. (Drahtb.) Nach Verhandlungen, die heute nachmittag stattgefunden haben, stellte General Höfer dem General Henneker eine Anzahl Ortschaften zur Unterbringung englischer Truppen für die Säuberungsaktion zur Verfügung. Die Kampftätigkeit der polnischen Insurgenten hat wesentlich nachgelassen. Der Bahnhof und die Eisenbahnhauptwerkstätten in Gleiwitz wurden gestern früh durch einen polnischen Panzerzug angegriffen. Der örtliche Selbstschutz in Gleiwitz umzingelte die Insurgenten und nahm 60 Mann gefangen. Die Insurgenten wurden den italienischen Truppen übergeben. Die Insurgenten haben ihre Rückwärtsbewegung gegenüber der Stadt Ratibor weiter fortgesetzt.

Berlin, 16. Juni. (W. T. B.) Wie der „Vorwärts" aus Oppeln meldet, fanden heute Verhandlungen zwischen dem britischen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission Stuart und dem Vertreter der deutschen Partei Pfarrer Ulitzka in der Räumungsfrage statt.

Der von den Insurgenten verschleppte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bias ist nach einer Meldung des „Vorwärts" nach dreitägiger Haft wieder freigelassen worden.

Nach einer Meldung des „B. T." fanden in Beuthen Kämpfe zwischen in die Stadt eindringenden Insurgenten und Selbstschutz statt. Die Insurgenten verloren Tote und Verwundete. Durch Handgranaten wurde bedeutender Sachschaden angerichtet.

Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung am Mittwoch steht zunächst ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Wehrgesetzes. Reichswehrminister Dr. Geßler: Das Gesetz enthält lediglich Erläuterungen, die von der Entente gefordert worden sind, und zwar in legislativer Form. Die Abänderungen haben keine sachliche Änderung zur Folge. Eine materielle Änderung enthält nur § 41 a. Danach können Soldaten, die infolge von Änderung in der Gliederung des Reichsheeres auf Grund der Annahme der Londoner Note entbehrlich wurden, vorzeitig aus dem Dienste entlassen werden. Ich wäre dankbar, wenn das Gesetz noch heute verabschiedet würde, weil heute die von der Entente gestellte Frist abläuft.

Darauf wird mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs zur

Regelung des Verkehrs mit Getreide

fortgefahren.

Abg. Barsfeld (Zentr.): Mit dem Abbau der Zwangswirtschaft sind wir bisher gut gefahren. Es muß nun die Frage geprüft werden, ob wir in diesem Augenblick sofort zur völligen Freigabe der Getreidewirtschaft übergehen können. Die verneinende Antwort des Reichs[illegible]